

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1257

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1257



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Medienkonferenz des überparteilichen Komitees «Vollgeld-Initiative Nein»

Donnerstag, 25. April 2018, 13:00 Uhr

Medienzentrum Bundeshaus, Bundesgasse 8–12, Bern



www.vollgeldinitiative-nein.ch



www.facebook.com/VollgeldinitiativeNEIN



www.twitter.com/Vollgeld_Nein



Conférence de presse du comité interpartis « Monnaie pleine Non »

Jeudi, 25 avril 2018, 13h00

Centre de presse du Palais fédéral, Bundesgasse 8-12, Berne



www.monnaiepleine-non.ch



www.facebook.com/dimancheonvote et

<https://www.facebook.com/monnaiepleineNON/>



Riskant, teuer und schädlich: Nein zum Experiment Vollgeld

Die Vollgeld-Initiative, die am 10. Juni zur Abstimmung kommt, würde unser Geldsystem einem Experiment aussetzen, das enorm riskant und weltweit einmalig wäre. Zudem würde Vollgeld Kredite erheblich schwieriger und teurer machen. Heute hat das breite, überparteiliche Komitee «Vollgeld-Initiative Nein» seine Argumente gegen die Vorlage präsentiert.

[Medienmappe mit Redetexten \(PDF\)](#)

Das überparteiliche Komitee «Vollgeld-Initiative Nein» mit über 130 Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus den Parteien CVP, BDP, EVP, FDP, glp, SP und SVP lehnt die Initiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)» klar ab. Die Initiative fordert eine radikale Umgestaltung des Geldsystems und somit ein Experiment mit unsicherem Ausgang. Heute verfügt die Schweiz über ein stabiles System, das sich über Jahrzehnte eingespielt hat. Die Initiative würde dieses radikal auf den Kopf stellen. Es gibt keinen Grund, warum die Schweiz für so ein Experiment herhalten sollte.

Vollgeld wird teuer für alle

Mit Vollgeld würde es für KMU und Private erheblich schwieriger und teurer, einen Kredit (z.B. Hypothek) zu erhalten. Entsprechend negativ wären die Folgen für die Schweizer Wirtschaft, die Hauseigentümer und folglich auch für alle Mieterinnen und Mieter. Da die Geschäftsbanken mit den Kundengeldern auf den Zahlungsverkehrskonten nicht mehr arbeiten dürften, würden zudem die Gebühren für Finanzdienstleistungen steigen, womit es für alle teurer würde.

Nein zu erzwungenen Geldgeschenken der Nationalbank

Mit Annahme der Initiative wäre die Schweiz das einzige Land der Welt, das seine Nationalbank zwingt, Geld ohne Gegenwert in Umlauf zu bringen. Die SNB könnte

ihren geld- und währungspolitischen Auftrag kaum noch wahrnehmen. Denn geschenktes Geld lässt sich nicht zurückholen. Und die Idee der Initianten, mit neuem Vollgeld künftig grosszügig Staatsaufgaben zu finanzieren, liesse die Nationalbank erst recht zum Spielball der Politik werden.

Am 10. Juni 2018: Nein zur Vollgeld-Initiative!

Website: www.vollgeldinitiative-nein.ch

Facebook: www.facebook.com/VollgeldinitiativeNEIN

Twitter: www.twitter.com/Vollgeld_nein

Kontakte

- **Kathrin Bertschy**, Nationalrätin glp (BE), 078 667 68 85
- **Pirmin Bischof**, Ständerat CVP (SO), 079 656 54 20
- **Olivier Feller**, Nationalrat FDP (VD), 079 658 31 92
- **Susanne Leutenegger Oberholzer**, Nationalrätin SP (BL), 079 673 01 03
- **Thomas Matter**, Nationalrat SVP (ZH), 079 404 70 42



Monnaie pleine : Non à une expérimentation risquée, chère et nuisible

L'initiative « Monnaie pleine » est soumise à votation le 10 juin. Elle veut faire de notre système monétaire le cobaye d'une expérimentation extrêmement risquée qu'aucun pays au monde n'a tentée. Avec cette initiative les crédits deviendraient plus rares et donc plus chers. Le Comité interpartis « Initiative Monnaie pleine : NON ! » a présenté aujourd'hui ses arguments contre ce texte.

[Dossier de presse avec les discours \(PDF\)](#)

Le Comité interpartis « Initiative Monnaie pleine : NON ! », composé de plus de 130 Parlementaires du PDC, PBD, PEV, PLR, pvl, PS et de l'UDC, rejette clairement l'initiative populaire « Pour une monnaie à l'abri des crises : émission monétaire uniquement par la Banque nationale ! (Initiative Monnaie pleine) ».

L'initiative veut transformer radicalement notre système monétaire et tenter une expérimentation dont l'issue est totalement imprévisible. L'initiative changerait radicalement la donne, alors que notre pays dispose d'un système stable qui a fait ses preuves. Il n'y a aucune raison pour que la Suisse devienne le cobaye d'une telle expérimentation.

Monnaie pleine coûterait cher à tout le monde

Monnaie pleine rendrait plus difficile l'obtention d'un crédit pour les PME ou d'une hypothèque pour les particuliers. Les conséquences seraient négatives pour l'économie suisse, les propriétaires de leur logement et les locataires. Comme les banques ne pourraient plus faire travailler l'argent des dépôts bancaires, les frais à charge de la clientèle augmenteraient.

NON aux cadeaux forcés de la Banque nationale suisse

L'acceptation de l'initiative ferait de la Suisse le seul pays au monde qui contraindrait sa Banque nationale à mettre en circulation de l'argent pour financer les tâches de

l'Etat. Une telle politique soumettrait la BNS à toutes sortes de pressions. Elle ne pourrait plus remplir son mandat de politique monétaire.

Le 10 juin : Non à l'initiative Monnaie pleine !

Website : <https://www.monnaiepleine-non.ch>

Facebook : <https://www.facebook.com/dimancheonvote/> et
<https://www.facebook.com/monnaiepleineNON/>

Contacts

- **Kathrin Bertschy**, Conseillère nationale Vert'libérale (BE), 078 667 68 85
- **Pirmin Bischof**, Conseiller aux Etats PDC (SO), 079 656 54 20
- **Olivier Feller**, Conseiller national PLR (VD), 079 658 31 92
- **Susanne Leutenegger Oberholzer**, Conseillère nationale PS (BL), 079 673 01 03
- **Thomas Matter**, Conseiller national UDC (ZH), 079 404 70 42

Nein zum Hochrisiko-Experiment Vollgeld

Pirmin Bischof, Ständerat CVP (SO)

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Medienschaffende

Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur Medienkonferenz des überparteilichen Komitees «Vollgeld-Initiative Nein». Dieses Komitee umfasst über 130 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 7 Parteien. Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen werden wir heute unsere Argumente gegen die Vollgeld-Initiative vorstellen. Am Ende der Voten gibt es die Möglichkeit für Fragen.

Die Vollgeld-Initiative fordert eine radikale Umgestaltung des Geldsystems. Sie will, dass die Geldmenge ganz allein durch die Nationalbank gesteuert wird. Nicht nur das Bargeld, sondern auch das elektronische Geld soll offizielles, durch die SNB garantiertes Zahlungsmittel werden. Die Initiative sieht zudem vor, dass die Nationalbank neues Geld künftig «schuldfrei» in Umlauf bringt, indem sie es an Bund, Kantone oder direkt an die Bürgerinnen und Bürger verteilt.

Auf die einzelnen Punkte gehen meine Kolleginnen und Kollegen noch genauer ein, ich möchte gerne das ganze System kurz beleuchten. Heute verfügt die Schweiz über ein stabiles und leistungsfähiges Geldsystem und die Guthaben auf den Konten sind sicher. Was die Initianten fordern, wurde noch nie einem Realitäts-Check unterzogen. Kein Land hat sein Geldsystem jemals derart radikal auf den Kopf gestellt. Es gibt schlicht keinen Grund, ein bewährtes System völlig umzukrempeln und dabei Kopf und Kragen zu riskieren.

Hinter der Vollgeld-Initiative steht eine Bewegung, die in 25 Staaten aktiv ist, insbesondere in Deutschland. In den meisten Ländern findet die Idee kaum Widerhall. Anders in der Schweiz: Dank kräftiger Unterstützung der ausländischen Schwesterorganisationen ist es den Schweizer Verantwortlichen gelungen, die nötigen Unterschriften für eine Volksabstimmung zusammenzubringen. Manche ausländische Vollgeld-Anhänger stehen offen dazu, dass ihnen die Schweiz als Versuchsfeld dienen soll.

Wir möchten die Schweiz nicht zum Experimentierland machen. Deshalb braucht es am 10. Juni ein Nein zur Vollgeld-Initiative.

Vollgeld: Statt mehr Sicherheit mehr Unsicherheit

Susanne Leutenegger Oberholzer, Nationalrätin SP Baselland

Es gilt das gesprochene Wort.

Wie die SP wollen auch die Vollgeld-Initiantinnen ein stabiles Finanz- und Währungssystem. An dieser Zielsetzung der Initiative ist nichts zu kritisieren. Die Frage, die sich stellt: Ist Die Initiative das das richtige Instrument? Ich meine Nein.

Mit dem Vollgeld wird die Schweizer Volkswirtschaft nicht sicherer. Auch bei einem Vollgeldsystem sind Finanzkrisen nicht ausgeschlossen. Sie haben ihren Ursprung meist im Kreditgeschäft und nicht im Zahlungsverkehr (bsp. falsche Risikobeurteilung von Krediten z.B. für Immobilien). Dafür bringt die Initiative neue Risiken durch den völligen Umbau des Geldsystems und das innert längstens drei Jahren für die Schweizerische Volkswirtschaft.

Die SP setzt zur Risikominderung auf erprobte Instrumente wie eine hohe Eigenmittelquote für systemrelevante Banken von 10 oder noch besser 20 Prozent nicht risikogewichtetes Eigenkapital; die Verhinderung aller spekulativen Anreize bei den Löhnen/Boni für Manager von Banken mit direkten oder indirekten Staatsgarantie; eine starke Finanzmarktaufsicht und den Ausbau der Einlagesicherung von heute 6 Mrd. Fr..

Grosse Machtfülle der Nationalbank

Mit der Initiative wird zugleich die Macht der Nationalbank massiv ausgebaut. Faktisch und rechtlich. Eine Aufsicht über die Nationalbank sieht die Initiative aber nicht mehr vor. Ebenso wenig mehr demokratische Kontrollen.

Die Nationalbank hat Geld schuldfrei in Umlauf zu bringen. Die Begehrlichkeiten, Projekte mit der Notenpresse zu finanzieren, werden einerseits steigen. Eine Abschöpfung von zu viel Geld in Zeiten von Inflation würde noch schwieriger als heute. Die Kreditversorgung des Landes würde andererseits ins Belieben der Nationalbank gestellt. Bei Kreditknappheit fördert das ein Ausweichen auf ausländische Währungen oder andere Finanzierungsinstrumente. Mehr Sicherheit gibt es für die Realwirtschaft nicht.

Zahlungsverkehr wird teurer

Über die Folgen für die Kreditkosten gehen die Meinungen auseinander. Sicher ist, dass der Zahlungsverkehr verteuert wird. Der Zahlungsverkehr läuft heute in der Regel über Sicht- oder Girokonten. Die Vollgeld-Initiative schreibt vor, dass alle Konten für den Zahlungsverkehr in Vollgeld-Konten umgewandelt werden Die Bank

muss diese ausserhalb ihrer Bilanz führen und darf das Geld nicht anrühren. Das führt zu höheren Kosten und damit mehr Gebühren. Guthaben auf Zahlungsverkehrskonten würden (auch bei positiven Zinsen) nicht mehr verzinst, was bei Inflation zu Verlusten führt. Sparen wird für Leute mit tiefen Einkommen und Vermögen deutlich schwieriger. Die Gewerkschaften befürchten bei einer Annahme der Vollgeld-Initiative für die Arbeitnehmenden und RentnerInnen einen Kaufkraftverlust.

Experiment mit ungewissem Ausgang

Ein derart radikaler Systemwechsel wäre weltweit einmalig. Das macht die Initiative zu einem Experiment mit ungewissem Ausgang. Die Initiative würde die Instabilität der Finanzmärkte nicht beseitigen und künftige Finanzkrisen auch nicht verhindern, zugleich neue Unsicherheiten schaffen. Der Preis für ein solches Experiment ist schlicht zu hoch. Deshalb haben sowohl die deutliche Mehrheit der SP-Mitglieder im Parlament als auch die Delegiertenversammlung der SP Schweiz die Initiative klar abgelehnt.

Monnaie pleine = économie vidée et pouvoir d'achat matraqué

Olivier Feller, conseiller national PLR (VD)

Seules les paroles prononcées font foi.

Aucun pays au monde, aucun, n'a jamais mis en œuvre la politique monétaire préconisée par l'initiative « Monnaie pleine ».

Il faut dire que cette initiative est surtout pleine de difficultés de compréhension et de catastrophes annoncées en cas d'application.

Aujourd'hui le moyen de paiement officiel en Suisse est le franc. Il est mis en circulation par la Banque nationale sous la forme de pièces de monnaie et de billets de banque qui représentent environ 10% de la masse monétaire. Le reste de la masse monétaire est constitué de monnaie scripturale, de monnaie électronique. Elle est émise lorsque des banques commerciales émettent des crédits, par exemple un crédit hypothécaire pour construire un logement ou un crédit commercial pour créer une entreprise ou accompagner son développement. Ce crédit a donc une contre-valeur. Et ça marche.

L'initiative veut changer tout ça. Elle veut que ce soit la Banque nationale qui émette toutes les formes de monnaie, même la monnaie électronique, et même sans contre-valeur. Aucun pays ne s'y est jamais risqué jusqu'ici et ce n'est sans doute pas pour rien.

Avec cette initiative, la Suisse deviendrait un laboratoire d'expérimentation à hauts risques, dont la population et les entreprises deviendraient les malheureux cobayes. Nous n'avons pas besoin, et notre économie encore moins, d'ajouter de l'insécurité inutile et dangereuse dans un monde déjà extrêmement concurrentiel.

Voici quelques exemples de ce qui nous attendrait si l'initiative était acceptée.

Avec l'initiative, les banques ne pourraient plus faire travailler l'argent que nous y déposons. Elles ne pourraient plus investir les dépôts bancaires. Elles ne pourraient donc plus verser d'intérêts. Et comme les frais de gestion des comptes ne pourraient plus être couverts, comme aujourd'hui, par le rendement de l'argent investi, les frais à notre charge augmenteraient inévitablement. Les frais pour toute transaction, un achat au supermarché ou par internet par exemple, devraient être répercutés sur les clients. Encore un coup de rabot, un de plus, sur le pouvoir d'achat de tous.

Avec l'initiative, les banques ne pourraient plus octroyer, ni à vous ni à moi, des crédits sur des dépôts à vue, comme notre compte salaire par exemple, mais seulement sur des comptes d'épargne. Mais les montants de ces comptes d'épargne ne suffiraient pas pour satisfaire la demande de crédits. Les crédits accordés aux

particuliers et aux entreprises seraient donc plus rares qu'aujourd'hui et leur coût serait plus élevé.

La capacité d'investissement des entreprises, en particulier des PME, serait réduite, ce qui handicaperait notre développement économique, freinerait l'innovation, porterait atteinte à notre prospérité et à l'emploi. On parle aujourd'hui d'une économie de plus en plus robotisée, avec l'initiative notre économie serait purement et simplement rabaissée. Notre pays deviendrait peu attractif en comparaison internationale.

La possibilité d'accéder au crédit serait également réduite pour les particuliers, notamment pour les crédits hypothécaires. Les ménages et les familles qui souhaitent acquérir leur logement s'en trouveraient pour la plupart privés, alors que devenir propriétaire, c'est déjà un parcours du combattant actuellement. Comme les crédits seraient plus chers, cela aurait aussi des conséquences sur le marché du logement. Car personne ne peut faire des logements à des prix abordables avec des crédits coûteux.

Sur le pan macro-économique, l'initiative bouleverserait aussi l'équilibre de notre politique monétaire et priverait la Banque nationale des moyens de réguler la masse monétaire, comme elle le fait aujourd'hui en fonction de la conjoncture économique et du niveau de l'inflation.

Comme une mauvaise idée ne vient jamais seule, l'initiative veut en outre confier à la Confédération la tâche de « garantir l'approvisionnement de l'économie en argent et en services financiers ». Pour ce faire, la Confédération pourrait même déroger au principe de la liberté économique. C'est la cerise sur le gâteau qui manquait pour voir sur quel radeau de naufrage les initiés veulent nous embarquer. Si l'initiative était acceptée, la Confédération devrait-elle se transformer en prestataire de services financiers, le cas échéant en suspendant le principe même de la liberté économique ? Si c'est le cas, nous nous rapprocherions d'un système que l'on a connu en Union soviétique et ses pays satellites jusqu'à la fin des années 1980.

Je voterai donc non à l'initiative « Monnaie pleine » parce qu'elle est en fait vide, vide de sens et de bon sens.

Vollgeld hemmt Innovationen und kommt uns teuer zu stehen

Kathrin Bertschy, Nationalrätin glp (BE)

Es gilt das gesprochene Wort.

Die Vollgeld-Initiative hat etwas Verheissungsvolles. Sie verspricht krisensicheres Geld und erhebt den Anspruch, Finanzmarktstabilität zu schaffen und erst noch ein Milliarden Geschenk an die Bevölkerung zu verteilen. Die Grünliberalen haben diese Verheissungen ausführlich und ökonomisch differenziert geprüft. Wir haben beträchtliche Bedenken und raten ohne Zweifel von dieser Idee ab.

Ich möchte heute den Aspekt hervorheben, dass die Initiative die Kreditvergabe komplizierter und teurer macht – das trifft Haushalte, KMU und Gewerbe. Und dass sie auch noch hohe volkswirtschaftliche Kosten mit sich bringt, indem sie Preisstabilität und Institutionen gefährdet.

- Wenn Sie heute 1000 Fr. zur Bank bringen, kann die Bank dieses Geld wieder ausleihen, einer zweiten Person einen Kredit gutschreiben, statt für 1000 vielleicht für 900 Fr., sie behält eine Reserve von 100 Fr. Die zweite Person deponiert diese 900 ausgeliehen Franken bei einer anderen Bank, und diese leiht davon wiederum 90%, 810 Franken, aus. Und so weiter. So wird aus 1'000 Fr. Notenbankgeld eine Geldmenge von vielleicht 10'000 Fr., die im Umlauf ist. Die Banken arbeiten mit dem Geld und vergeben Kredite. Die Initiative will das unterbinden, und den Geldmultiplikator auf den Faktor 1 senken.
- Was sind die Folgen? Die Banken müssten mit weniger Geld wirtschaften und würden darum Kredite restriktiver vergeben. Das heisst, sie vergeben weniger und/oder teurere Kredite. Für Unternehmen wird es schwieriger und teurer, einen Kredit zu erhalten, und investieren zu können. Für Haushalte dasselbe, um Eigentum zu erwerben. Das wirkt sich innovationshemmend aus. Start-ups, KMUs, Gewerbebetriebe, aber auch Haushalte insb. jene mit kleinem Einkommen und letztlich alle Mieterinnen und Mieter wären betroffen und würden höhere Kosten tragen. Güter und Dienstleistungen werden kostspieliger – weil Kredite knapper und teurer werden.
- Und wenn es jetzt eine Inflation gäbe – wovon ich ausgehe – wenn die SNB Geld verschenken soll, aber keine Steuerungsmöglichkeit hat, die Geldmenge wieder reduzieren, käme die Stabilität der Preise unter Druck. Dann kann man mit gleich viel Franken erst noch weniger Produkte und Dienstleistungen erwerben. Und werden Güter und Dienstleistungen nochmals teurer, weil das Geld schlicht weniger Wert hat.

Fazit.: Das Experiment setzt die Innovationsfähigkeit der Schweiz aufs Spiel, kommt Haushalte und Gewerbe teuer zu stehen und gefährdet unsere Institutionen - die SNB - und Errungenschaften wie stabile Preise. Die Delegierten der glp Schweiz haben mit 94:5 Stimmen deutlich die Nein-Parole zur Initiative beschlossen.

Nein zum Verschenken von Geld

Nein zur Schwächung unserer Nationalbank

Thomas Matter, Nationalrat SVP (ZH)

Es gilt das gesprochene Wort.

Die so genannte Vollgeld-Initiative will ein Problem lösen, das überhaupt kein Problem ist. Und sie will das mit Massnahmen tun, deren Wirkungen höchst ungewiss und letztlich schädlich sind. Unsere Geldpolitik funktioniert kundennah und effizient. Wir wollen ausdrücklich einen Wettbewerb zwischen den Banken; dieser sorgt für gute Zinsbedingungen und qualitativ hochstehende Dienstleistungen.

Schon heute hat die Schweizerische Nationalbank – übrigens eine grosse Gegnerin dieser Initiative – die nötigen Möglichkeiten, um ihren verfassungsmässigen Auftrag bezüglich Geldmenge, Zinsniveau und Kreditvergabe zu erfüllen. Diesem Urteil können wir vertrauen. Die Schweizerische Nationalbank unter Präsident Thomas Jordan ist eine der glaubwürdigsten Institutionen im Inland und eine der glaubwürdigsten Notenbanken der Welt.

Nach dem Willen der Initianten soll die Nationalbank ihre Geldmenge ausdehnen, indem sie unter anderem Bund, Kantonen oder privaten Haushalte Geld schenkt. Sie haben richtig gehört: Geld schenken! Es handelt sich um ein erzwungenes Geldgeschenk. Sie kann also nichts mehr zurückfordern. Was geschenkt ist, ist geschenkt. Die Nationalbank kann also bei Bedarf die Geldmenge nicht mehr so einfach verringern. So ist eine gute Preispolitik fast nicht möglich.

Weil die Nationalbank beim schuldfreien Verteilen von Geld keine Vermögenswerte wie Gold, Devisen oder Wertpapiere mehr kaufen kann, wäre sie längerfristig nicht mehr in der Lage, durch Verkäufe von diesen Vermögenswerten die Geldmenge wieder genügend zu verringern. Unsere Franken-Währung wäre einer möglichen Inflation in diesem Fall schutzlos ausgesetzt, was für die Wirtschaft verheerende Auswirkungen hätte.

Das geschenkte Geld erinnert mich an das Märchen der Gebrüder Grimm von den «Sterntalern». Dort breitet ein armes Mädchen ihre Schürze aus, und die Sterne fallen ihr in Form von Silbertalern buchstäblich in den Schooss. Solche Geschenke gibt es aber nur im Märchen, nicht in der realen Welt.

Die Umstellung auf Vollgeld würde wie jedes Experiment mit offenem Ausgang Unsicherheit schaffen. Und Unsicherheit ist Gift für unsere Volkswirtschaft. Die heutige Geldschöpfung durch Geschäftsbanken ist kein Problem für unser Finanzsystem. Das heutige System der Kreditschöpfung, sei das z.B. das Hypothekar- oder das KMU-Kreditgeschäft, würde es so nicht mehr geben.

Das von der Initiative vorgeschlagene Vollgeldsystem wäre teurer und ineffizienter, kurz und einfach: schlechter als das heutige. Die Initiative würde der Nationalbank ihre Arbeit massiv erschweren. Wir gingen ein schweres, unverzeihliches Risiko ein. Man soll nie etwas flicken, was gar nicht kaputt ist.

Wollen wir unseren Wohlstand wirklich wegen einer Kamikaze-Initiative aufs Spiel setzen? Wir meinen Nein.